Landeshauptstadt Magdeburg
 Änderungsantrag

DS0529/09/9 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0529/09	12.01.2010

Absender Oberbürgermeister	
Gremium Verwaltungsausschuss Stadtrat	Sitzungstermin 22.01.2010 01.03.2010

Kurztitel - Haushaltssatzung 2010 - Ergebnis- und Finanzplan 2010 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2010 - Stellenplan 2010

Änderungsantrag zum Stellenplan 2010

Der Stellenplan 2010 wird im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst wie folgt geändert:

10 Stellen	statt A 8	auf A 9 m.D.
33 Stellen	statt A 7	auf A 8
1 Stelle	statt A 7	auf A 9 m.D.

Begründung:

Über den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt wurden wir vom Ministerium des Innern darüber informiert, dass die Landesregierung die Kommunal-Stellenobergrenzenverordnung aufgehoben und zugleich durch eine Ergänzung des § 1 Abs. 2 der (Landes-) Stellenobergrenzenverordnung vom 15.12.2006 (GVB1. LSA S. 550) klarstellt, dass für die Kommunen keine Stellenobergrenzen gelten. Diese Klarstellung war erforderlich, um zu gewährleisten, dass bei einer Aufhebung der KomStOVO die gesetzlichen Stellenobergrenzenregelungen aus der Bestimmung des § 26 Abs. 2 BBesG keine Anwendung finden. Die Aufhebung der Stellenobergrenzenregelungen ist zum 01.01.2010 in Kraft treten.

Damit sind die langjährigen Bemühungen der Landeshauptstadt Magdeburg zur Änderung der KomStOVO erfolgreich, welche auch im Rahmen der besonderen Fürsorgeverpflichtung als eine vordringliche Aufgabe der Verwaltungsführung angesehen wurden.

Infolge der personellen Verschlankung der Verwaltung haben sich die kommunalen Aufgaben in qualitativer und quantitativer Hinsicht erheblich verändert und ein starrer, pyramidenförmiger Stellenaufbau insbesondere in der Laufbahngruppe des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes ist nicht mehr systemgerecht.

Den betroffenen Beamtinnen und Beamten ist berechtigterweise nicht zu vermitteln, dass aufgrund landesrechtlicher Regelungen eine leistungsgerechte Besoldung nicht möglich ist, obwohl der eigene Dienstherr die Dienstpostenbewertungen sachgerecht vorgenommen hat und eine analoge Besoldung befürwortet.

Die Besoldung und Beförderung eines Beamten darf nach einhelliger Auffassung nicht davon abhängig sein – legt man das Leistungsprinzip zu Grunde –, ob die abstrakten Obergrenzen eingehalten werden. Vielmehr sollte die Qualität und Quantität der Arbeit des Beamten und eine ausschließlich daran orientierte Bewertung seiner Stelle dafür entscheidend sein.

In der Landeshauptstadt Magdeburg konnten Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes, welche die o. g. Stellen besetzen, nicht befördert werden, obwohl ihre ausgeübte Tätigkeit weit höheren Bewertungsmaßstäben entspricht. Betroffen sind hiervon überwiegend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtordnungsdienstes (SOD). Hinsichtlich der Motivation und Leistungsbereitschaft der Beamten, die gewissermaßen „hautnah“ die Probleme, Anfragen und Beschwerden der Bürger aufnehmen und bearbeiten, kann dieser Zustand auf Dauer nicht förderlich sein. Durch die Einschnitte im Bereich des Urlaubsgeldes und der jährlichen Sonderzahlung ist ohnehin ein Motivationsloch entstanden, welches durch die geringe Aussicht auf Beförderung und leistungsgerechter Besoldung noch verstärkt wurde.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Aufhebung der Stellenobergrenzen und nunmehr mögliche Beförderungen die Finanzlage der Landeshauptstadt Magdeburg nicht spürbar beeinflussen werden.

Die anfallenden Kosten werden im allgemeinen Planungsansatz für die Personalkosten (DKPK 4) veranschlagt, welcher dadurch nicht erhöht werden muss. Das bedeutet, dass die Mehrkosten in Höhe von ca. 106.000 Euro durch entsprechende Konsolidierungsbeiträge mit Hilfe personalwirtschaftlicher Lösungen erwirtschaftet werden müssen.

Auch unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung und der Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften, welche in den kommenden Jahren aufgrund der besonderen Konkurrenzsituation mit der freien Wirtschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt, kann die Aufhebung der Stellenobergrenzen begrüßt werden.

Dr. Trümper